

04.09.2014 13:55 Uhr, Würzburg

GRÜNES LICHT FÜR BAUSCHUTT-RECYCLING-BETRIEB

Es war ein hartes Stück Arbeit für den Marktgemeinderat Rimpar: Im Gewerbegebiet „Glockenstrang“ oberhalb des neuen Baugebietes Sonnenweg-Lohenweinberg will die Firma Göbel ihren Bauschutt-Recycling-Betrieb erweitern.

Es war ein hartes Stück Arbeit für den Marktgemeinderat Rimpar: Im Gewerbegebiet „Glockenstrang“ oberhalb des neuen Baugebietes Sonnenweg-Lohenweinberg will die Firma Göbel ihren Bauschutt-Recycling-Betrieb erweitern.

Zunächst musste der Gemeinderat über die Änderung des Flächennutzungsplanes und direkt danach über den Bebauungsplan zu entscheiden. „Der Betrieb gehört zur Firmengruppe Göbel, dort arbeiten 220 Menschen, und wir haben einige Anstrengungen unternommen, um die Grundlagen zu schaffen, damit der Betrieb hier in Rimpar bleibt“, sagte Bürgermeister Burkard Losert im Gespräch mit der Main-Post. Am Ende einer gut zweistündigen Debatte stimmten die Räte sowohl für die Änderung als auch für den Bebauungsplan.

Kommunalrechtlich behandelten die Räte nacheinander zwei Parallel-Verfahren: Flächennutzungsplan und Bebauungsplan. Beide Male galt es, zunächst die von der Landschaftsarchitektin Gudrun Rentsch vom Büro arc.grün vorgetragenen Ergebnisse der öffentlichen Auslegung zu beraten und abzuwägen, um danach einen Feststellungsbeschluss (Flächennutzungsplan) und einen Satzungsbeschluss (Bebauungsplan) zu fassen.

Was sich so bürokratisch liest, bedeutete für die Räte, sich mit 20 Einwendungen, Abwägungen und Bewertungen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange und einer einzelnen, dafür recht umfangreichen Eingabe eines Bürgers zu befassen. Er befürchtete beim Flächennutzungsplan unter anderem, dass die Ausweitung des Gewerbegebietes konträr zum Landschaftsbild und der Wohn- und Lebensqualität der Bevölkerung sei. „Zwar wird das Landschaftsbild verändert, doch durch Eingrünung, etwa der Anlage selbst, soll eine nennenswerte Beeinträchtigung vermieden und gemindert werden“, so Rentsch. Fragen des Lärmschutzes würden im Bebauungsplan berücksichtigt.

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Würzburg befürchtet, dass durch die Größe des Gebietes (5,15 ha) etwas mehr als zwei Hektar fruchtbaren Ackerbodens verschwinden könnten. Der Bund Naturschutz (BN) verwies auf eine Stellungnahme vom November 2011 und lehnte den Plan grundlegend ab. Unter anderem kritisierte der BN die zusätzliche Verkehrsbelastung des Ortes und sieht das „Gut Trinkwasser“ (das Gebiet reicht teilweise in eine erweiterte Wasserschutzzone) als „nicht ausreichend geschützt“ an.

„Seitens des Wasserwirtschaftsamtes bestehen grundsätzlich Einverständnis mit der Planung“, so Rentsch. Das Gesundheitsamt äußerte aus „ortshygienischer Sicht“ keine Einwände, wies aber explizit darauf hin, den „Aufgabenkatalog des Wasserschutzgebietes“ strikt zu beachten. Am Ende der Diskussion, in der auch die übrigen Einwände von Ämtern, Behörden und Trägern öffentlicher Belange besprochen wurden, stimmte der Gemeinderat dem Feststellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes mit 14:4 zu. Einstimmig verlief im Anschluss daran der Beschluss hinsichtlich des Satzungsbeschlusses für den Bebauungsplan

Mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen, so der Bürgermeister, sei nicht zu rechnen, und auch die Lärmbelastung halte sich im Rahmen.